



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VI/271 - 22.11.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 3 76 54-59  
Fernschreiber 039 890

Regierung umging Bundestagsbeschluss	S. 1
Churchills USA - Reiseprogramm	S. 3
Bisher 2.640.000 Gefallene registriert ...	S. 5

## Ein unerträglicher Zustand

Von H.G.Ritzel, M.d.B.

Ein von der breiten Öffentlichkeit in seiner symptomatischen Bedeutung nicht voll erkannter parlamentarisch-politischer Vorgang fordert zu sehr bestimmter öffentlicher Kritik heraus. Sein Kern ist, daß die Bundesregierung die Ausfertigung und Verkündung eines Gesetzes durch den Bundespräsidenten aus eigener Machtvollkommenheit verhindert, nur weil ihr der Inhalt des Gesetzes nicht paßt und dies, obwohl die Voraussetzungen des Grundgesetzes nach Art.78 (Mitwirkung des Bundesrates) für die Verkündung vollkommen erfüllt sind.

Was hat sich ereignet? Die Bundesregierung hat vor einiger Zeit den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vorgelegt. § 2 dieses Gesetzentwurfes lautet: "Die Bundesanstalt ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie hat ihren Sitz in Koblenz". Damit hat die Bundesregierung anerkannt, daß der Sitz der Bundesanstalt im Gesetz festzulegen sei.

Während der Ausschüßberatungen wurde nun ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag eingebracht, in dem verlangt wurde, daß Kassel (und im Fall der Ablehnung dieser Stadt Nürnberg) Sitz der Bundesanstalt werden solle. Anträge anderer Fraktionen setzten sich für Nürnberg, für Kassel und für Koblenz ein. Da eine Mehrheit für eine der vorgeschlagenen Städte im Bundestag zunächst nicht zu erreichen war, wurde der Geschäftsausschuß beauftragt, einen Weg für eine sachliche Entscheidung des Bundestages ausfindig zu machen. Der Ausschüß einigte sich dahin, daß die Bestimmung des Sitzes der Anstalt nur durch ein neues Gesetz festzustellen sei. Der Bundestag stimmte dem Ausschüßantrag gegen wenige Stimmen zu. Es wurde ein besonderes Gesetz verabschiedet, das in die Parlamentsgeschichte als sogenanntes Sitzgesetz einging. In der von dem Geschäftsausschuß vorgeschlagenen Weise wurde mit Mehrheit die Stadt Nürnberg als Sitz der Bundesanstalt bestimmt.

Diese Entscheidung des Bundestages mißfiel der Bundesregierung in höchstem Maße. Der Bundesjustizminister kam der ablehnenden Haltung der Bundesregierung durch ein Gutachten zu Hilfe, in dem

er behauptete, es liege kein ordnungsmäßig zustande gekommenes Gesetz vor und damit dürfe das vom Bundestag beschlossene Gesetz vom Bundespräsident weder ausgefertigt noch verkündet werden. Der Bundesrat befaßte sich gleichfalls mit der Materie. Er stimmte dem sogenannten Sitzgesetz zu. Aufgrund des Gutachtens des Bundesjustizministeriums befaßte sich der Geschäftsordnungsausschuß erneut mit der Angelegenheit und einstimmig wurde das Gutachten des Bundesjustizministers zurückgewiesen und der Ausschuß stellte nach gründlicher Erörterung des Sachverhaltes fest, daß keine Veranlassung vorliege, das ordnungsgemäß zustande gekommene Gesetz zu verneinen.

Hier offenbart sich eine kleine Tragödie der Demokratie: Obwohl der Ausschuß, der seine Rechtsauffassung durch zwei delegierte Abgeordnete auch dem Bundespräsidenten vorzutragen wünschte, in voller Übereinstimmung aller Fraktionen den Willen des Gesetzgebers, in diesem Falle also des Bundestages und des Bundesrates vertrat, verschleppte die Bundesregierung die Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes längere Zeit hindurch und der um seinen Standpunkt befragte Bundespräsident mußte in Nürnberg erklären, daß ihm das Gesetz von der Bundesregierung überhaupt noch nicht vorgelegt worden sei.

In dieser Situation brachte die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag ein, der sich allgemein mit der Verschleppung von Bundesgesetzen durch die Bundesregierung befaßte. Zugleich wurde von dem Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses beim Präsidenten des Deutschen Bundestages verlangt, daß die Vertreter des Ausschusses endlich von dem Bundespräsidenten zur Darlegung der Rechtsauffassung des Ausschusses empfangen werden würden. Als die sozialdemokratische Interpellation am 14.11.51 auf der Tagesordnung stand, verteidigte sich der Bundesjustizminister gegen die Vorwürfe des sozialdemokratischen Redners Jakobi nur mit sehr schwachen Argumenten und teilte mit, daß die Bundesregierung selber den Weg zur Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes freigegeben habe, womit er in der Sache seinen bisherigen Standpunkt aufgab.

Die Verzögerung der Anwendung des Art. 82 des Grundgesetzes über die Ausfertigung, die Verkündung, und das Inkrafttreten von Gesetzen durch Verschulden der Bundesregierung wird den Deutschen Bundestag veranlassen müssen, zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden können und müssen, um der Mißachtung des Willens der gesetzgebenden Körperschaften künftighin mit aller Entschiedenheit zu begegnen.

+ + +

(sp) Am Freitag, den 23. November, soll der neue Göttinger Oberstadtdirektor gewählt werden. Unter Führung des Göttinger Ratsherrn und MdB von Thadden haben sich die bürgerlichen Fraktionen auf den ehemaligen Brandenburger Oberbürgermeister Dr. Sievers, Kiel, geeinigt, der der NSDAP von 1925 bis 1945 angehörte. Göttingen ist als bekannte Universitätsstadt und Sitz der Max Planck-Gesellschaft ein Fenster der Bundesrepublik nach dem Ausland. Sollte Dr. Sievers Oberstadtdirektor werden, würde Göttingen den vielen hohen Persönlichkeiten des Auslandes, die die Stadt zu besuchen pflegen, ein Beweis dafür sein, daß sich die ehemaligen aktiven Nationalsozialisten durch die Mithilfe der Bonner Regierungsparteien zunehmend in den Vordergrund zu spielen wissen. Die Stadt Göttingen würde durch eine solche Entscheidung dazu beitragen, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens im Auslande zu erschweren.

+ + +

Anglo-Amerikanische Freundschaft

B.C. - London

Churchill hatte während des Wahlkampfes wiederholt versprochen, er würde im Falle seiner Rückkehr zur Regierung als erstes direkten persönlichen Kontakt mit Stalin suchen, um eine Entspannung im "kalten Kriege" herbeizuführen. Alles erwartete daher einen dramatischen Flug des alten Recken nach Osten als erste weithin sichtbare Tat - doch nun wird er zunächst einmal Anfang Januar nach Washington reisen, um sich mit Präsident Truman zu unterhalten. Aus der Zusammensetzung seines Begleiterstabes läßt sich ein ungefähres Bild der Fragen ableiten, die in den Gesprächen zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister zur Erörterung kommen werden.

Da ist zunächst die Streitfrage der Anerkennung Chinas. Großbritannien erkennt seit zwei Jahren die Regierung der chinesischen Volksrepublik (Peking) an und unterhält mit ihr (vorläufig noch ziemlich unbefriedigende) diplomatische Beziehungen, wogegen die Vereinigten Staaten immer noch die Fiktion aufrechterhalten, die Regierung Tschiang Kai-scheke (in Formosa) sei die tatsächliche Regierung Chinas, die anerkannt werden müsse. Die Labourregierung hatte sich auf den traditionellen Standpunkt des Foreign Office gestellt, eine Regierung, die in ihrem Gebiete die faktische Gewalt ausübe und ihre internationalen Verpflichtungen erfülle oder zu erfüllen bereit sei, müsse anerkannt werden, ob man nun ihre politische "Farbe" möge oder nicht. Natürlich spielten auch die beträchtlichen Handels- und Wirtschaftsinteressen der britischen Kolonie Hongkong und die traditionelle Freundschaft Englands mit China eine gewisse Rolle. Churchill wird es wahrscheinlich leicht fallen, die britische Haltung zu dieser Frage der amerikanischen anzunähern und eventuell die diplomatische Anerkennung von Peking zurückzuziehen, da er sich in der Opposition gegen die Labourregierung wiederholt in diesem Sinne geäußert hatte.

Schwerer dürfte es ihm schon fallen, in den Fragen der europäischen Einheit den Wünschen der USA entgegenzukommen. Es ist inoffiziell allgemein bekannt, daß Washington eine Partnerschaft Großbritanniens in der Sowjetunion sowohl als auch in den Flavan-Plan wünscht.

Churchill selbst soll diesen Wünschen nicht unfreundlich gegenüberstehen, da ihm die in dem Falle sicher zufallende Rolle des "europäischen Führers" persönlich gefällt und seine Phantasie anregt. Doch würde er bei Versuchen in dieser Richtung daheim in England auf erbitterten Widerstand stoßen, nicht nur der Labour-Opposition, sondern auch seitens seiner eigenen Anhänger. Man will sich nicht "von Paris und Lothringen aus diktieren lassen", was man fördern und erzeugen, und wo man die Produkte verkaufen soll.

Noch schwieriger wäre ein Anschluß der britischen Wehrmacht an die unter dem Pleven-Plan geplante Europaarmee. Einstimmig sind sämtliche Militärs sowie die Fachleute der drei Ministerien des Heeres, der Marine und der Luft gegen eine solche Verbindung. Sie meinen, daß allein schon die Sprachschwierigkeiten eine voll-integrierte Europaarmee viel zu schwerfällig und unhandlich machen müßten. Ferner glaubt man, sich den Ansprüchen der französischen Generalität auf die Kommandoführung nicht unterwerfen zu können. Aus den Erfahrungen zweier Weltkriege haben britische Generalstäbler und sonstige hohe Offiziere keine sonderliche Hochachtung vor den Fähigkeiten der französischen Strategen und möchten diesen nicht das zahlenmäßig kleine, doch technisch und taktisch ausgezeichnete Instrument der drei britischen Wehrdienste anvertrauen. Andererseits sind die Franzosen, die heute noch darauf pochen, als "Großmacht" behandelt zu werden, derart empfindlich, daß es sicher ist, daß sie im Falle der Integrierung kompromißlos auf dem Oberbefehl bestehen würden.

In allen diesen Fragen wird Churchill sich schließlich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß er in erster Linie nach Washington geht, um Geld zu bekommen, "freie" Dollars, um die infolge der Aufrüstung passive Zahlungsbilanz Großbritanniens und des Sterlinggebietes wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Er wird die Amerikaner darauf hinweisen, daß von dem Erfolg seiner Regierungstätigkeit angesichts der mächtigen Labouropposition das Gelingen dieser seiner letzten Chance abhängt, die britische Privatwirtschaft, das "freie Unternehmertum", das Amerika am Herzen liegt, zu retten, daß aber, falls er die geforderten Dollars nicht bekomme, er sicher scheitern müsse. Es ist anzunehmen, daß er mit diesen Argumenten durchdringen wird, denn nach der Philosophie des "American Way of Life" dürften eine Milliarde Pfund kein zu hoher Preis zur Sicherung der Rückkehr Großbritanniens zum freien Kapitalismus sein. Inwieweit darüber hinaus Churchill sich gezwungen sehen wird, den USA weitere Konzessionen hinsichtlich Chinas, des Schuman- und des Pleven-Planes zu machen, bleibt abzuwarten.

Erschütternde Zahl

Vom Kriegsbeginn 1939 an bis Mitte November 1951 sind insgesamt 2.640.100 Gefallene der ehemaligen Wehrmacht und des Wehrmachtgefolges amtlich festgestellt worden. In jeder Woche würden, so heißt es weiter in dieser Mitteilung, noch immer 1200 bis 1400 Gefallenenmeldungen erstattet - aufgeklärte Schicksale der rund 1,2 Millionen Vermissten.

2,6 Millionen. In unserer, mit gigantischen Ziffern übersättigten Zeit wird auch diese Zahl den wenigsten viel sagen. Wie soll man sie plastisch machen? Vielleicht mit einer weiteren Zahl: Haben Sie einmal unter den hunderttausend Besuchern eines bis auf den letzten Platz gefüllten Sportstadions gesessen? Versuchen Sie sich das Bild dieser schier unendlichen Menschenmenge zurückzurufen. Nun - 26 solcher Riesenstadion voller Männer auch annähernd der gleichen Altersklasse - vorwiegend Jugend bis hinauf zu den schwächeren älteren Jahrgängen, machen die gleiche Ziffer aus, wie die Gefallenen des zweiten Weltkrieges.

Die Zahl gilt für Deutschland allein. Sie enthält nicht die Toten und Millionen Krüppel, die existenzlos und bettelarm Gewordenen, die Millionen Vertriebenen in allen Ländern.

Und weshalb dies alles? Weil ein Größenwahnsinniger und Verbrecher von überdimensionalem Ausmaß diesen Krieg wollte, und ihn entfesselte, ohne jede Bedrohung von außen. In einer Besprechung mit den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 23. November 1939 sagte Hitler: "Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgestellt, um nicht zu schlagen. Der Entschluß zum Schlagen war immer in mir".

Der Tag treibt jeden weiter. Aber vor Ziffern wie dieser - 2,6 Millionen Gefallene allein in Deutschland - sollte man jedesmal, wenn sie wieder einmal ins Bewußtsein treten, Halt machen und darüber nachdenken, welche wahrhaft grausigen, unüberschbaren Folgen Tyrannis und verbrecherische Gesinnung an der Spitze eines Staates nach sich ziehen. Die Erinnerung daran ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der die geringere Gegenwartsnot das tausendfach schlimmere Elend früherer Jahre und seine Ursachen allzu leicht vergessen läßt. In der schon wieder, wenn auch vereinzelt, gepriesen wird, was tiefst verdammenswert ist.

-u

---

Verantwortlich: Peter Raunau